

Köln, den 27.05.2011

Pressemitteilung

CAF: "NRW Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) auf dem rechten Migrantenauge blind. Staatssekretärin Zülfiye Kaykin nicht weiter tragbar!"

NRW Integrationsstaatssekretärin Zülfiye Kaykin (SPD) gesteht gleich mehrere Gespräche mit Vertretern der rechtsextremen "Grauen Wölfe" ein.

Der Christlich-Alevitische Freundeskreis der CDU verfolgt mit Besorgnis die Presseberichterstattungen der vergangenen Wochen zum Fall der Integrationsstaatssekretärin Zülfiye Kaykin.

Nach Berichten der "Welt am Sonntag" und "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" erheben mehrere türkeistämmige Migrantenvverbände - u.a. die Türkische Gemeinde NRW, die Armenische Gemeinde Köln und die Föderation der Aramäer in Deutschland - schwere Vorwürfe gegen Zülfiye Kaykin (SPD) und fordern ihren Rücktritt.

Bereits zuvor hatte die Alevitische Gemeinde Deutschland Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit Schreiben vom 18.03.2011 aufgefordert „mit sofortiger Wirkung“ personelle Konsequenzen im Integrationsministerium zu ziehen und drohte unmissverständlich mit der Einleitung „politischer, juristischer und öffentlichkeitswirksamer Schritte.“

Madlen Vartian, Sprecherin des CAF: "Die SPD Regierung versieht eine Person mit engen Kontakten zur türkischen Rechtsextremistenszene mit dem Koscher-Stempel und feiert sie als große Integratorin. Der Nationalisierung und Radikalisierung der türkischen Jugend wird durch solche fatalen „Vorbilder“ Tür und Tor geöffnet. Wie soll man vor türkischen Rechtsextremisten noch warnen können, wenn die Integrationsstaatssekretärin selbst enge Beziehungen zu ihnen unterhält?"

Laut Presseberichten soll Kaykin vor ihrer Berufung zur Staatssekretärin intensive Kontakte zu den rechtsextremen "Grauen Wölfen" gepflegt und in der Vergangenheit Kontakt zum Führer der rechtsextremen Grauen Wölfe, Alparslan Türkeş,

gehabt haben. Kaykin wird zudem im Einzelnen vorgeworfen, mehrere Parteiveranstaltung der Grauen Wölfe besucht und 2010 eine Totenmesse für den mittlerweile verstorbenen Basbug ("Leitwolf") Alparslan Türkes in der Duisburger DITIB Moschee genehmigt und durchgeführt zu haben.

Ali Yildiz, Sprecher des CAF: " Staatssekretärin Kaykin sagte nicht die Wahrheit, als sie öffentlich jeglichen Kontakt zu den rechtsextremen Grauen Wölfen leugnete. Sie hatte anscheinend nicht nur regen Austausch mit türkischen Rechtsextremisten, sondern sicherte sich auch noch die politische Unterstützung dieser Kreise zu, um einen Ministerposten im SPD-Kabinett in NRW zu erhalten. Jeder deutsche Politiker wäre längst politisch geächtet worden, wenn er derart heftig mit deutschen Rechtsextremisten angebandelt hätte."

Nachdem Kaykin gegenüber der "Welt am Sonntag" zunächst öffentlich beteuert hatte, keinerlei Kontakte zu den rechtsextremen „Grauen Wölfen“ zu haben, musste sie, nachdem sich die Hinweise verdichtet und konkretisiert hatten, einräumen, gleich mehrfach Gespräche mit Mitgliedern der rechtsextremen türkischen Partei MHP, dem politischen Arm der „Grauen Wölfe“, geführt zu haben.

Isa Ilyasoglu, Parlamentskandidat der rechtsextremen Partei MHP und Vorsitzender der "Union türkischer Verbände in NRW" - einem Zusammenschluss u.a. rechtsradikaler Vereinigungen aus dem Spektrum der Grauen Wölfe - setzte sich nach mehreren Treffen mit Kaykin persönlich für ihre Ernennung zur Ministerin ein.

Wie mehrere überregionale türkische Tageszeitungen berichteten, wurde Kaykins Ernennung zur Ministerin für Integration auf Druck einiger Politiker des Koalitionspartners „Bündnis 90/Die Grünen“ mit dem Hinweis auf ihre mögliche Verbindung zu den vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen Grauen Wölfen, verhindert. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ernannte Zülfiye Kaykin dennoch zur Staatssekretärin, obwohl sie bereits am 11. Mai 2010 über die schwerwiegenden Vorwürfe gegen Kaykin vollumfänglich unterrichtet worden war.

Die "Grauen Wölfe" wurden der deutschen Öffentlichkeit erstmalig durch den Papsttattäter, Mehmet Ali Agca, einer Galionsfigur der Grauen Wölfe, bekannt. Die Weggefährten des Papsttattäters sitzen heute als Verbandsvertreter im Koordinationsrat der Muslime und organisieren, mit Unterstützung Kaykins, den "nationaltürkisch-islamischen" Religionsunterricht in NRW.

Zum medialen Eklat kam es allerdings erst, als Kaykin ihren Einfluss im Ministerium dazu nutzte, die Unterstützung für ein Gemeinschaftsprojekt der Türkischen Gemeinde NRW und Alevitischen Gemeinde Deutschlands zum Thema "Demokratiefeindliche Tendenzen unter türkeistämmigen Jugendlichen" zu verhindern. Ziel des vom Bundesfamilienministerium geförderten Projektes ist u.a. die Entwicklung von Lehrmodulen, mit Hilfe derer türkische Jugendliche im Bezug auf

den türkischen Rechtsextremismus sensibilisiert und aufgeklärt werden sollen. Staatssekretärin Kaykin hatte, nach den Berichterstattungen, unverhohlen mit strafrechtlichen Konsequenzen gedroht, falls über ihren politischen Hintergrund weiterhin öffentlich gesprochen werde.

Madlen Vartian, Sprecherin des CAF: „Kaykin droht ihren Kritikern mit einer Strafanzeige und möchte das deutsche Strafrecht dazu missbrauchen, eine grundsätzliche Diskussion über demokratiefeindliche Tendenzen in der türkischen Gemeinschaft in Deutschland und über ihre Vergangenheit zu verhindern.“

Zahlreiche türkeistämmige Gemeinden sehen der wiederholten Drohung aus dem SPD-Ministerium gelassen entgegen. Aus den Gemeinden heißt es, dass bei Bedarf gleich mehrere Zeugen die Vorwürfe gegen Kaykin vor Gericht bestätigen könnten.

Zudem gebe es entsprechendes Bildmaterial, das man dem Gericht gegebenenfalls vorlegen könne. Die Büchse der Pandora sei ohnehin noch nicht geöffnet worden, heißt es aus diesen Kreisen. So gäbe es noch offene Fragen zu finanziellen Ungereimtheiten in Bezug auf die Verwendung von EU-Fördermitteln. Kaykin sei als Geschäftsführerin der DITIB Begegnungsstätte für die Verwaltung von Fördermitteln in Höhe von ca. 3 Mio. € verantwortlich gewesen. Die Ordnungsmäßigkeit der Mittelverwendung sei, trotz zahlreicher offener Fragen, bisher noch nicht von einer unabhängigen Stelle geprüft worden. Die DITIB-Zentrale halte zudem einen hausinternen Prüfbericht zur Verwendung der Steuermittel aus unerfindlichen Gründen unter Verschluss, hieß es weiter.

Mit freundlichen Grüßen
Ali Yildiz
-Pressestelle-

Für Rückfragen: 0177 - 5251745

Wer wir sind:

Der Christlich-Alevitische Freundeskreis der CDU (CAF) ist ein parteipolitisches Netzwerk von Christen und Aleviten mit Migrationshintergrund, die gemeinsam Politik gestalten und als Brücke in die unterschiedlichen Gemeinschaften in Deutschland, vornehmlich der alevitischen und den verschiedenen christlichen Gemeinschaften, u.a. der armenischen, aramäischen, griechischen, fungieren wollen.

Der CAF möchte den gegenseitigen Austausch fördern und die Partizipation am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben unterstützen. Es ist die Grundüberzeugung des CAF, dass für eine Integration und ein harmonisches Zusammenleben in Deutschland, die kritische Auseinandersetzung mit nationalen Geschichts- und Identitätsbildern erforderlich ist. Der CAF möchte hierbei ein Stein des Anstoßes bilden.